WP-4-059 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 59 bis 61:
Wir erkennen geschlechtsspezifische Gewalt – insbesondere Gewalt gegen Frauen – als gesamtgesellschaftliches Problem an. Damit einher geht, dass nicht einzelne Betroffene Verantwortung für Gewaltverhinderung und -bekämpfung tragen, sondern wir als Gesellschaft konsequent und planvoll dagegen vorgehen müssen.

Zu diesem Zweck stellen wir sicher, dass alle Personen, an die sich Betroffene wenden sensibilisiert und geschult werden. Wir etablieren standardisierte Verfahren im Umgang mit geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt: Nach spanischem Vorbild, sollen meldende Betroffene einen Fragebogen ausfüllen auf dessen Basis dann jeweils sinnvolle Schutzmaßnahmen angeordnet werden. Unabhängig von der persönlichen Einschätzung einzelner Beamt*innen zur Gefährlichkeit der Situation. Das entlastet Betroffene vom Druck ein "perfektes Opfer" sein und ihr Gegenüber überzeugen zu müssen. Es entlastet auch Polizei-Beamt*innen von der Verantwortung in Zeiten begrenzter Ressourcen die Anordnung von Schutzmaßnahmen rechtfertigen zu müssen.

Geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt resultiert nicht selten in Verhalten, das für nicht selbst Betroffene schwer nachvollziehbar ist und in der Wahrnehmung die Glaubwürdigkeit der Betroffenen in Frage stellen kann. In der Justiz schaffen wir die Voraussetzungen für sensible gerichtliche Verfahren für geschlechtsspezifische Gewalt, durch eigene Abteilungen mit speziell geschulten Sozialarbeitenden, Staatsanwält*innen und Richter*innen, um eine Retraumatisierung von Betroffenen bestmöglich zu vermeiden sowie gerechte Verfahren und Ergebnisse zu erreichen.

Auch Personal in Krankenhäusern – insbesondere in Notaufnahmen – werden fortgebildet, um Gewalteinwirkungen besser anhand von Verletzungen erkennen können und Betroffenen Beratung und Unterstützung anbieten können.

~~Der Schutz von Frauen vor Gewalt hat für uns oberste Priorität~~. Wir Grüne setzen das Gewalthilfegesetz konsequent um. Die Bundesmittel hierfür werden wir für zusätzliche

Begründung

Wir sollten uns Spanien zum Vorbild nehmen und die dort in den letzten Jahren etablierten Maßnahmen für Berlin adaptieren.
Wenn wir nicht konkret werden, bleibt die "oberste Priorität" nur eine Worthülse, die kein Vertrauen schafft.
Frauen und Betroffene von geschlechtsspezifischer Gewalt erwarten von uns zu Recht mehr.

Unterstützer*innen

Monika Herrmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Melanie Kramer (KV Berlin-Lichtenberg); Sebastian Kitzig (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Mika Nyke Lou Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Milan Bachmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Kübra Beydaş (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lillemor Mallau (KV Berlin-Pankow); Yorick Stöve (KV Berlin-

Friedrichshain/Kreuzberg); Franziska Lorenz (KV Berlin-Pankow); Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/ Schöneberg)